



Da geht's lang: der Vorsitzende der CDU-Regionalverbandsfraktion, Günter Bächle (mit Strohhut), informierte sich gemeinsam mit Fraktionskollegen und Vertretern der Bürgerinitiative „Steinbrucherweiterung Enzberg? Nein danke!“ vor Ort über die Auswirkungen, die eine Ausweitung des Abbaugelands mit sich brächte.

FOTOS: LUTZ

# Ende des steinigen Wegs nicht in Sicht

- Die Fronten im Streit um die Zukunft des Enzberger Steinbruchs sind verhärtet.
- Ortstermin der CDU-Regionalverbandsfraktion bringt Infos, keine Lösung.

MAXIMILIAN LUTZ  
MÜHLACKER-ENZBERG

Es sind nicht nur die hochsommerlichen Temperaturen gewesen, die am Mittwochvormittag die Gemüter erhitzt haben; auch die mögliche Erweiterung des Enzberger Steinbruchs hat bei einigen Teilnehmern eines von der CDU-Regionalverbandsfraktion Nord-schwarzwald anberaumten Ortstermins das Blut in Wallung gebracht.

Die Diskutanten bemühten sich zwar, den Ton gemäßigt und den Diskurs sachlich zu halten – die Emotionen, die das Thema beinhaltet, waren aber dennoch immer wieder spürbar.



Wird er erweitert oder nicht? Der Steinbruch in Enzberg.

## Rohstoffsicherung auch ohne Enzberg möglich?

Eine Möglichkeit, die Streitigkeiten rund um eine etwaige Erweiterung des Enzberger Steinbruchs schnell zu lösen, wäre ein **Kurswechsel der Landesregierung**. Sollte man sich dazu entschließen, dass die bislang ausgewiesenen Flächen zur Rohstoffsicherung in der Region Nordschwarzwald ausreichen, ohne ein weite-

res Areal in Enzberg miteinzubeziehen, wäre eine Erweiterung im Mühlacker Stadtteil (geplant sind zirka 15 Hektar) vom Tisch. Derzeit, erklärt Regionalverbandsdirektor Dirk Büscher, gelte aber die **gesetzliche Vorgabe**, weitere Rohstoffvorkommen für einen möglichen Abbau zu sichern und auszuweisen. max

Im Prinzip sind die Fronten seit mehr als einem Jahr klar abgesteckt. Etliche Enzberger Bürger und mit ihnen die Initiative „Steinbrucherweiterung Enzberg? Nein danke!“ stemmen sich vehement gegen eine Vergrößerung des Abbaugelands, die Betreiberfirma NSN mit ihrem Chef Hans Ulmer kämpft hingegen um eine Fortführung des Betriebs auch über die Zeit hinaus, die das bislang ausgewiesene Gelände zum Gesteinsabbau noch ausreicht (PZ berichtete).

Doch alleine an dieser Frage scheiden sich die Geister. So erklärte Bürgerinitiativen-Sprecher Tobias Oberauer, 1999 habe man den Leuten versprochen, die damals beschlossene Erweiterung reiche für gut und gerne 100 Jahre. 14 Jahre später habe man von dieser Fläche allerdings schon mehr als die Hälfte verarbeitet.

Generell scheinen die einst gemachten, dann aber immer wieder gebrochenen Versprechen einer der Hauptgründe für den Unmut der Bürger zu sein – neben Staub, Verkehr und Sprengerschütterungen.

„Die Enzberger haben über 80 Jahre lang den Steinbruchbetrieb ertragen, obwohl immer wieder betont wurde, dass Schluss sei. Jetzt sind auch einmal andere an der Reihe“, so Oberauer.

Ob ein Alternativstandort allerdings tatsächlich gefunden wird und ob der Regionalverband diesen denn auch wirklich einer Erweiterung des bestehenden Bruchs in Enzberg vorzieht, steht auf einem anderen Blatt.

Eine Entscheidung werde wohl erst in rund einem Jahr fallen können, wenn wirklich alle Alternativen geprüft worden sind, erklärte Regionalverbandsdirektor Dirk Büscher. Und auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Regionalverband, Günter Bächle, betonte bereits zu Beginn der Zusammenkunft, dass eine schnelle Entscheidung wohl nicht zu erwarten sei.

Einig war man sich am Ende lediglich in einem Punkt: Eine konfliktfreie Fläche zu finden, die sich für den Gesteinsabbau eignet, dürfte ein Ding der Unmöglichkeit sein – egal ob in Enzberg oder anderswo.